

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 271

23. Okt. 2002

9. Jahrgang

## Opfer sind keine passiven Objekte

Einen Tag nach der Urteilsprechung im Fall Mirna Mack (dreissig Jahre Gefängnis für einen der drei Angeklagten, Freispruch für die beiden andern) ist Mirna's Tochter, Lucrecia Hernández Mack, nach Europa gereist, wo sie in Salzburg zu einem Medizinkongress eingeladen war. Während eines Kurzbesuchs von Lucrecia in der Schweiz, hatte die ¡Fijáte!-Redaktion Gelegenheit, mit ihr über das Urteil und ihre persönlichen Gefühle dem Urteil gegenüber zu sprechen.

Lucrecia Hernández Mack ist 28 Jahre alt und hat in Guatemala Medizin und Gesundheitswesen studiert. Da sie im Moment keinen Job in ihrem Beruf hat, arbeitet sie häufig für die Mirna-Mack-Stiftung, in deren Vorstand sie auch ist.

*Wie fühlst du dich hier in Europa, von wo aus du das Urteil und die guatemaltekische Realität aus einer gewissen Distanz betrachten kannst?*

*Lucrecia Mack:* Die Leute in Guatemala sind froh, dass ich hier bin, um mich vor möglichen Drohung fernzuhalten, die es gegeben hat nach der Urteilsprechung. Z.B. gegenüber Familienangehörigen des Zeugen "Buky" und gegenüber Clara Arenas, der Direktorin von AVANSCO, die auch als Zeugin aufgetreten war. Ich selber bin einerseits froh, hier zu sein und das ganze etwas verdauen zu können. Aber es ist auch schwierig, von Guatemala weg zu sein, denn dort laufen die Vorbereitungen für die Appellation gegen den Freispruch von zwei Angeklagten. Wir haben Zeit bis zum 16. Oktober, um unsere Appellation zu formulieren. Wir werden uns dabei nicht auf die Form stützen, wie der Prozess geführt wurde, weil dieser sehr gut war. Wir werden uns auf das Materielle, den Inhalt stützen, denn was beim Prozess nicht in Betracht gezogen wurde, ist die Befehlshierarchie, in der die drei zueinander standen.

Am Telefon hat man mir erzählt, dass die Diskussion über das Urteil in Guatemala völlig polarisiert geführt wird: KommunistInnen, diesmal repräsentiert durch MenschenrechtsaktivistInnen gegen das Militär. Das ist ihre Strategie: Was sie nicht auf dem Schlachtfeld gewonnen haben, wollen sie jetzt vor Gericht gewinnen. Sie haben sogar eine eigene Website und darauf wiederholen sie den Diskurs des kalten Krieges.

*Wen meinst du mit "sie"?*

*L. Mack:* Ich spreche von den drei Angeklagten und ihren Familienangehörigen. Hinter ihnen stehen dem Militär nahestehende Personen, z.B. die Organisation der pensionierten Militärs (AVEMILGUA), aber auch gewisse JournalistInnen und AnwältInnen, die mit ihnen sympathisieren.

*Was bedeutet für dich das Urteil, wie schätzt du es ein im Kontext der aktuellen politischen Situation?*

*L. Mack:* Die Tatsache allein, dass es zu einem Urteilsspruch kam, ist ein Schritt vorwärts. Es dauerte immerhin acht Jahre, um diesen Moment zu erreichen. Wichtig ist - unabhängig

vom Urteil - die Argumentation, auf die es sich stützt. Es wurde anerkannt, dass ein politisches Motiv hinter dem Mord stand, dass der oberste Generalstab (EMP) nicht nur für die Sicherheit des Präsidenten zuständig war, sondern auch Geheimdienstfunktionen ausübte, d.h. es wurde anerkannt, dass der Mord Teil einer Geheimdienstaktion war. Weiter wurde die Wichtigkeit der akademischen Arbeit meiner Mutter anerkannt, was für uns von spezieller Bedeutung ist, denn es gibt uns Gelegenheit, auch die menschliche Seite meiner Mutter hervorzuheben. Wichtig ist auch, welche Dokumente als Beweismittel anerkannt wurden: Der Bericht der Wahrheitskommission der katholischen Kirche (*Guatemala - nunca más*), der Bericht der offiziellen Wahrheitskommission (*Memoria del Silencio*), die freigegebenen Dokumente des CIA, die Publikation meiner Mutter aus dem Jahr 1990 und das Communiqué der ersten Generalversammlung der Widerstandsdörfer der Sierra. Diese Dokumente und das Video, das Buky mit dem Angeklagten Juan Valencia Osoria aufgenommen hatte, genügten den beiden Richterinnen, um ihr Urteil zu fällen. Aber: Valencia Osoria ist der Mittlere innerhalb der Rangordnung der Drei. Und so hierarchisch wie die Strukturen im Militär und Geheimdienst sind, hätten die andern beiden auch verurteilt werden müssen.

*Gibt es denn noch zusätzliche Beweise, auf die ihr euch bei der Appellation berufen könnt?*

*L. Mack:* Nein. Das Problem ist, dass es extrem schwierig ist, jemandem die intellektuelle Verantwortung nachzuweisen. Es gibt keine wissenschaftliche Beweismittel wie Fingerabdrücke, DNA-Proben, mit Sicherheit werden wir kein Papier finden, auf dem steht, "Ich, XY, gebe Z den Befehl, Mirna umzubringen". Trotzdem glaube ich, dass wir genug schlagkräftige Beweise haben um zu zeigen, dass der EMP auch in Geheimdienstaktivitäten involviert war und dass es offensichtlich ist, dass der für die Tat verurteilte Beteta über Informationen und Ressourcen verfügte, die er nur von den dreien erhalten haben kann. Auf diese Tatsachen muss sich das Urteil stützen.

*Die Anwälte des verurteilten Valencia Osorio werden ebenfalls Einspruch erheben. Wie geht es nun weiter?*

*Wird es weitere acht Jahre dauern...?*

*L. Mack:* Das wissen wir nicht. Im Fall Gerardi hat es 16 Monate gedauert, bis der Prozess wieder aufgenommen wurde. Wir haben jetzt Zeit bis am 16., um die Appellation einzureichen und danach werden sie uns ein Datum für den Appellationsprozess geben.

*Ich habe den Verdacht, dass es immer wieder sogenannte Vorzeigefälle gibt - der Fall Gerardi beweist das wunderbar - um der Öffentlichkeit zu beweisen, dass "schon etwas gemacht wird". Aber die wirklich Verantwortlichen kommen dabei nicht vor Gericht und die Straflosigkeit besteht weiter. Bist du mit dem Urteil zufrieden oder kommen dir nicht auch die Zweifel auf, dass sie euch quasi ein minimales Zugeständnis gemacht haben, in der Hoffnung, ihr würdet nun endlich Ruhe geben.*

*L. Mack:* Ja, manchmal sieht es tatsächlich aus wie ein Schritt vorwärts und einer zurück. Aber doch, ich bin schon zufrieden mit diesem Urteil, vor allem, was die Prozessführung betrifft. Wir haben es geschafft, uns als Ebenbürtige am selben Tisch gegenüber zu sitzen. Wir hatten die Möglichkeit, unsere Argumente vorzubringen und die Wahrheit zu erzählen. Meine Tante hat in ihrem Schlussargument gesagt: "In diesem Moment analysieren wir unsere Geschichte". Und sie hat auch gesagt: "Unabhängig vom Resultat haben wir gewonnen". Denn immerhin haben wir erreicht, dass die Justiz sich mit diesem Fall auseinandersetzen musste, und dass die Rolle des Militärs öffentlich in Frage gestellt wurde.

Soweit zu den positiven Aspekten. Aber klar wünschen wir uns eine Verurteilung aller drei und insofern sind wir mit dem Urteil nur teilweise zufrieden. Deshalb auch die Appellation. Natürlich haben wir auch Angst, nach den Entwicklungen, die sich im Fall Gerardi ergeben haben ist uns klar, dass wir alle unsere Kräfte in diese Appellation stecken müssen.

*Es könnte also passieren, dass, wie im Fall Gerardi, der ganze Prozess neu aufgerollt werden muss - vielleicht mit einem schlechteren Ausgang für euch?*

*L. Mack:* Das ist eine Möglichkeit, die wir nicht ausschließen dürfen. Im Fall Gerardi ist zu hoffen, dass die Anklage-seite, das Erzbistum und die Staatsanwaltschaft, gestärkt in diese zweite Prozessrunde geht. Noch etwas: Wenn es sich um die Aufklärung eines politische motivierten Verbrechen handelt, be-

schränken sich die Argumente nicht auf die juristische Ebene. Die politischen Meinungen und Argumente der beiden Seiten spielen immer auch eine Rolle, was alles noch komplexer macht. Und wenn dann weder die juristischen noch die politischen Einwände überzeugen, wird zu den persönlichen Attacken gegriffen. Meiner Tante z.B. wurde vorgeworfen, Beteta Drogen ins Gefängnis geschickt zu haben, ihn bestochen zu haben. Im Fall Gerardi wurden die Leute des Erzbistum und der Staatsanwalt von einem der Verurteilten aufs Schlimmste diffamiert.

*Wird der Fall Mack zu einem Präzedenzfall, d.h. wird es in anderen ähnlichen Klagen einfacher zu einer Verurteilung kommen?*

*L. Mack:* Dies ist insofern ein Präzedenzfall, als es überhaupt zu einem Urteil gekommen ist. Andere Fälle stecken fest, weil eine Serie von Rekursen eingereicht wurde, die eine Weiterführung fast verunmöglichen. Ich hoffe wirklich, dass die Leute sich animiert fühlen, Menschenrechtsprozesse zu führen, das Justizsystem herauszufordern. Aber dazu braucht es die personellen, technischen und finanziellen Mittel. Meine Tante hat ihr ganzes Leben diesem Prozess verschrieben. Wir haben durchgehalten, mit viel internationaler Hilfe und Solidarität, aber es gibt viele Familien, die das nicht haben und denen deshalb der Mut fehlt, Prozesse zu führen. Wünschenswert wäre es, wenn die Staatsanwaltschaft von sich aus Prozesse führen könnte, ohne dass es eine Klägerseite gibt, wenigstens je einen Präzedenzfall für die verschiedenen Formen von Menschenrechtsverletzungen. Dies würde den Raum und die Möglichkeit schaffen für eine Analyse unserer Geschichte.

*Genügt eine juristische Wiedergutmachung? Versöhnt dich dieses Urteil mit den Tätern?*

*L. Mack:* Jede Person hat ein anderes Verständnis von Versöhnung. Ich kann also nur aus meiner Perspektive sprechen und ich habe ein religiöses Konzept von Versöhnung: Anerkennen der Schuld, Bereuen und um Verzeihung bitten. Auf dieser Basis kann jemand verzeihen - oder vielleicht auch nicht... Einen Prozess zu lancieren ist Teil der Suche nach Wahrheit, die dem Menschen inhärent ist. Ausserdem soll eine demokratische Gesellschaft, die Mechanismen definiert hat, um Verbrechen dieser Art nicht zu tolerieren und zu bestrafen, auf die Probe gestellt werden. Sie

ist dafür verantwortlich, dass ihr Justizsystem funktioniert.

Mir als Opfer hilft die Verurteilung, das Gewicht des Verlustes zu tragen. Dass ich den für die Ermordung meiner Mutter verantwortlichen Personen in einem Gerichtssaal gegenübergesessen bin, hat mir ein Stück meiner Würde zurückgegeben. Für mich persönlich war dies also ein wichtiger Prozess, schwierig, aber es hat sich gelohnt. Und ich hoffe, dass all das, was jetzt folgt, mich weiter erleichtert.

Es stört mich, dass allein die Opfer die Verantwortung für die Versöhnung übernehmen müssen. Dass es von uns abhängt, ob es zu einer Versöhnung kommt oder nicht, ob das soziale Geflecht Guatemalas wieder aufgebaut werden kann. Dies müsste die Verantwortung aller sein, inklusive der Täter. Das Wort Opfer gefällt mir übrigens gar nicht, denn es hinterlässt den Eindruck, wir seien passive Objekte. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Opfer und deren Familienangehörigen sind meist sehr aktiv und mit Würde handelnde Menschen.

*Kannst Du einen Kommentar oder eine Analyse zu den jüngsten Entwicklungen im Fall Gerardi machen?*

*L. Mack:* Lieber nicht, denn ich war ja in den letzten Tagen nicht in Guatemala. Ich bedauere es sehr, dass das Urteil aufgehoben wurde. Es ist genau so, wie wir gesagt haben: Einen Schritt vorwärts und einen zurück und ich hoffe, es sind nicht zwei Schritte zurück!

*Es gibt aber auch Stimmen, die sagen, es sei gut, dass der Prozess nochmals aufgerollt werden muss, denn auch im Fall Gerardi seien nicht die wirklich Verantwortlichen verurteilt worden. Staatsanwalt Celvin Galindo hat in einem Interview gesagt, dass die drei Verurteilten einfach zu Sündenböcken gemacht wurden, aber dass hinter dem Verbrechen ganz andere Leute stecken.*

*L. Mack:* Viel von dem was gesagt wird, sind Gerüchte, Produkte der politisierten Prozessführung und entbehren einer juristischen Basis. Galindo hat unheimliche Angst, er sagt nichts, weder bestätigt er noch widerspricht er dem, was die Angeklagten sagen, er gibt die Namen der Verantwortlichen nicht preis. Im Fall Gerardi wurde klar bewiesen, dass die verurteilten Personen etwas mit der Ermordung des Bischofs zu tun haben. Das schliesst aber nicht aus, dass noch andere Personen in die Sache involviert sind. Genau so wie im Fall Mack: So wie der EMP mit dem Geheimdienst zusam-

menarbeitete, können wir nicht ausschliessen, dass noch andere Personen von der Ermordung meiner Mutter gewusst haben. Dass die einen schuldig sind, bedeutet nicht automatisch, dass alle andern unschuldig sind. Und wenn Galindo sagt, dass es andere Schuldige gibt, müssen diese gesucht werden. Das wiederum macht aber die Verurteilten nicht unschuldig.

*Wie beurteilst du die allgemeine Menschenrechtssituation in Guatemala?*

*L. Mack:* Seit die aktuelle Regierung an der Macht ist, verschlimmert sich die Menschenrechtssituation täglich. Auf sozialer Ebene haben wir mehr Armut und weniger soziale Investitionen, auf politischer Ebene haben wir mehr Korruption, was die Gewalt betrifft, haben

wir ein gestärktes organisiertes Verbrechen, mehr Kriminalität, mehr häusliche Gewalt etc.

Gegen die Menschenrechtsorganisationen ist eine zunehmende Repression spürbar: Überfälle auf Büros von Menschenrechtsorganisationen und Parteien, die Verfolgung und Ermordung von Personen. Früher hiess es: Gesehener Guerillero - toter Guerillero, heute heisst es: Gesehener Aktivist - toter Aktivist. Es findet eine Rückkehr in die Vergangenheit statt, ein Beispiel dafür ist auch dass die Zivilpatrouillen wieder in Erscheinung treten.

Diese Menschenrechtsverletzungen sind ohne Patronat der Regierung gar nicht möglich. Die Regierung ist dafür verantwortlich was geschieht und unternimmt nichts dagegen. Wenn jemand eine Verfolgung anzeigt, heisst es, okay, geben wir ihm oder ihr Polizeischutz.

Aber eine Untersuchung wird nicht eingeleitet.

Meist wird es während des Wahlkampfes schlimmer und uns steht ein Wahljahr bevor. Wir müssen schauen, was für Sicherheitsmassnahmen wir zu unserem eigenen Schutz treffen können.

*Die Weiterführung des Falles Mack ist aber nicht vom Ausgang der Wahlen abhängig?*

*L. Mack:* Nein. Die Wahlen betreffen ja die Legislative und die Exekutive. Die Judikative ist theoretisch unabhängig, aber es gibt immer wieder Fälle von Druckausübung, von Drohungen und Repression gegenüber den RichterInnen. Und es gibt immer wieder RichterInnen, die sich diesem Druck beugen.

*Vielen Dank für das Gespräch!*

## Streik der SozialversicherungsärztInnen

**Guatemala, 18. Okt.** Nach zwei Jahren fruchtlosen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung begannen Ende September rund 1300 ÄrztInnen des guatemaltekischen Sozialversicherungsinstituts (IGSS) einen unbefristeten Streik. Sie fordern die technischen Mittel, um den fast 2 Millionen Mitgliedern einen besseren Service bieten zu können sowie eine Gehaltserhöhung um 30%. Solange ihre Forderungen nicht erfüllt seien, würden sie ihre Arbeit auf die Betreuung hospitalisierter PatientInnen, auf die Intensivstation und auf die Begleitung

von Geburten beschränken, erklärte der Sprecher der ÄrztInnen, Jorge Oritz. Und weiter: Es sei nicht tolerierbar, dass medizinische SpezialistInnen, die fürs IGSS arbeiten, nur knapp 400 US-\$ verdienen. Ebenso wenig sei es tolerierbar, dass PatientInnen, die um eine Arztvisite ersuchen, bis zu sechs Monate Wartezeit in Kauf nehmen müssen, was auf einen Mangel an Personal zurückzuführen sei.

Der Streik betrifft die rund 60 externen Konsultorien des IGSS.

Kurz darauf kamen bei zwei Busunglücken total rund 50 Personen ums Leben. Die IGSS-Geschäftsleitung nutzte diese "Gelegenheit", um gegen 600 der streikenden ÄrztInnen eine Klage wegen "Nichterfüllung ihrer Pflicht" einzureichen. Die Richtigstellung der ÄrztInnen, in den externen Konsultorien würden gar keine Notfälle aufgenommen, ging im Schock über die Busunfälle unter.

Der nächste Schritt der Geschäftsleitung war die Entlassung von 85 am Streik beteiligten ÄrztInnen. Dafür wurden 100 ÄrztInnen neu eingestellt, die den Betrieb in den lahmgelegten Konsultorien wieder aufnehmen sollen. Daraufhin stellte sich die Ärztekammer voll hinter die entlassenen KollegInnen und gab bekannt, dass Angehörige der Kammer sanktioniert würden, falls sie sich auf ein solches Jobangebot einlassen würden.

Am 11. Oktober gaben die streikenden IGSS-ÄrztInnen bekannt, sie seien bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die Geschäftsleitung ihrerseits verspreche, die entlassenen KollegInnen wieder einzustellen und

die Klagen gegen die anderen zurückziehen und garantiere, dass die bereits Anfang September vor dem Arbeitsgericht zugesicherte 30%-ige Gehaltserhöhung ausbezahlt würde und nicht bloss eine 10%-ige, wie es Anfang Oktober der Fall war.

Was bei der ganzen Diskussion in den Medien nie erwähnt wurde, ist, dass sich auch der Vorstand des IGSS völlig uneinig über die Ausrichtung der Institution ist. Das IGSS ist eine halbautonome Einrichtung, wobei es immer wieder Stimmen gibt und entsprechende Umsturzversuche innerhalb des Vorstandes, das IGSS staatlicherseits zu intervenieren. Die Idee des IGSS ist, den staatlichen und privatwirtschaftlichen Angestellten eine Krankenversicherung und eine Pension zu garantieren. Sowohl ArbeitgeberInnen wie ArbeitnehmerInnen sind theoretisch verpflichtet, einen minimalen Prozentsatz des Lohnes ins IGSS einzubezahlen. Nun ist aber eines der Probleme, dass viele ArbeitgeberInnen den Betrag zwar vom Gehalt ihrer Angestellten abziehen, aber nicht ans IGSS überweisen. Und das andere grosse Problem ist, dass immer wieder Gelder des IGSS dazu gebraucht wurden, um serbelnde Banken vor dem Konkurs zu retten und dieses Gelder zum Teil verloren gingen oder eingefroren sind.

Insofern erstaunt es nicht, dass der Vorstand des IGSS nicht bereit ist, mit den ÄrztInnen über eine Gehaltserhöhung zu diskutieren, denn sonst käme der skandalöse Umgang, der mit dem Geld der Mitglieder betrieben wird, wieder einmal auf den Tisch.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:  
Verein ¡Fijáte!**

**2502 Biel  
PC: 30-516068-6**

**Redaktion:  
Barbara Müller  
Christiane Treeck**

**Abos:  
¡Fijáte!  
c/o Barbara Müller**

**Ankerstrasse 16  
8004 Zürich  
Tel. 01/ 241 44 43**

**E-Mail:  
barbara-m@bluewin.ch**

**Jahresabo: 100.- Fr.  
Auslandabo: 120.- Fr.  
Förderabo: ab 200.- Fr.**

**E-Mail-Abo: 85.- Fr.  
Erscheinungsweise vierzehntägig.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Die Wahlmaschinerie der FRG läuft auf vollen Touren

**Guatemala, 11. Okt.** Die FRG hat einen weiteren Schritt im Rahmen ihrer Wahlstrategie getan, die darin besteht, ihre eigenen Leute bzw. AnhängerInnen auf Schlüsselpositionen zu setzen, von denen aus diverse staatliche Institutionen kontrolliert und somit der Erfolg ihres Regierungsprojektes garantiert werden kann.

Dieses Mal war die staatliche Rechnungsprüfungsstelle an der Reihe, an deren Führungsstelle die Regierungspartei mit Hilfe eines mehr als dubiosen Verfahrens nun ihren von vornherein auserwählten Kandidaten, Oscar Dubón Palma, begrüßen kann.

Da half wohl auch keine noch so ausführliche Gesetzgebung, um den Prozess der Ernennung zu regeln. Nach dieser hat der/die RechnungsprüferIn neben "technisch-professionellen, politisch-geschäftstüchtigen und ethisch-moralischen Qualitäten" auch einen Arbeitsplan vorzuweisen. Doch alles, was über Dubón bekannt gegeben wird, ist, dass er von Rios Montt unterstützt wird und er in seinem Amt vorhat, jeglichem Druck standzuhalten und der Korruption auf allen Ebenen zu begegnen. Kein Wort über seinen beruflichen Hintergrund oder gar dem Job, dem er bislang nachgegangen ist.

Auch die übrigen, notwendigen Formalitäten wurden im Falle Dubóns offensichtlich nur vordergründig erfüllt. So wurden vom Ernennungskomitee, das aus zehn AkademikerInnen und WirtschaftlerInnen zusammengesetzt ist, eine Reihe von Unregelmässigkeiten begangen: Angefangen bei der Politisierung der Auswahl KandidatInnen, bis hin zum Verbergen von Informationen über den Prozess und die AnwärterInnen. Von den 35 BewerberInnen musste das erwähnte Komitee sechs auswählen, aus denen sich schliesslich die 113 Abgeordneten im Kongress ihreN Favoriten/in aussuchen konnten.

Doch die Aufstellung aller sechs entsprach wohl lediglich einer Farce, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Der letztendlich auserkorene Oscar Dubón war sich von Anfang an seines Sieges sicher. Da wundert es auch nicht, dass das angekündigte öffentliche Forum, an dem alle sechs KandidatInnen ihre Fähigkeiten und Arbeitspläne hätten vorstellen sollten, ohne die Beteiligung der Hauptpersonen stattfand. Ein guter Schachzug, um den Schein der Demokratie aufrechtzuerhalten.

Die schliessliche Wahlaktion im Kongress unterstrich diese tragische Komödie zusätzlich: Angesichts der allzu offensichtlichen Intrige enthielten sich alle Abgeordneten der Opposition ihrer Stimme, so dass Oscar Dubón im Endeffekt mit einer absoluten Mehrheit (62 Stimmen) gewählt wurde, die allein aus den Stimmen der FRG und denen der halbstaatlichen Parteien, die der Regierung den Rücken stärken, bestand.

Dies entsprach einmal mehr der Erfah-

rung der Opposition, dass die FRG nur dann ihre Zustimmung sucht, wenn sie mit qualitativer Mehrheit, also 75 Stimmen, wählen oder verabschieden muss, während sie die "GegnerInnen" links liegen lässt, sobald sie selbst genug Stimmen zusammenbekommt, um zu tun, was sie will.

Erst in diesem Monat ist eine neue Norm in das Grundgesetz der Rechnungsprüfungsstelle eingeführt worden, die, zusätzlich zur Verfassung das Tun und Lassen dieser Einrichtung regelt. Das neue Gesetz stellt eine deutliche Veränderung zur vorherigen Regelung dar und öffnet neue Möglichkeiten, die Institution auf einen ernsthafteren und professionellen Boden zu stellen. Einige wichtige Elemente lohnt es zu erwähnen, wobei sich die Frage stellt, wie denn wohl das vorherige Gesetz ohne diese Komponenten ausgesehen haben möge.

Die Rechnungsprüfungsstelle genießt neuerdings funktionelle, technische und verwaltungstechnische Unabhängigkeit, sie ist für die Art und Weise der staatlichen Ausgaben verantwortlich, ihre Funktion erweitert sich auf die Steuerprüfung von öffentlichen Bauten, sie verfügt über ein neues Sanktionierungssystem und soll schliesslich ihre Methoden und Verfahren der Rechnungsprüfung auf den neuesten Stand bringen.

Für die Umsetzung dieser Neuerungen bedarf es einer Reihe institutioneller Umstrukturierungen, Reformen interner Regelungen und Prozesse sowie einer Verbesserung der Koordination inner- und ausserhalb der Einrichtung. Dem neuen Chef Dubón bleiben vier Jahre, um dies zu tun und die in den letzten Jahren stark in Verruf geratene Institution - zu wessen Gunsten und Gefallen ist wohl geklärt - zu erneuern.

Um gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen wurden von „oben“ er-

folgreiche Mittel eingesetzt, um den bisherigen Direktor der *Superintendencia der Steuerverwaltung* (SAT), René Pérez, zur Kündigung anzuhalten, dem vorgeworfen wird, diese Institution bis kurz vors Scheitern gebracht zu haben. Man kann es nicht anders als Spott gegenüber den GuatemalteKInnen bezeichnen, dass dieser Posten - wohl als Belohnung für seine guten Taten als nun ausscheidender Direktor der Rechnungsprüfungsstelle - Marco Tulio Abadío anvertraut werden soll.

Als Rechnungsprüfer hatte Abadío wohl die Toleranzgrenze etwas überreizt, doch offensichtlich so treue Arbeit geleistet, dass die FRG nicht auf ihn verzichten will und der Unternehmenssektor mit Recht bereits befürchtet, dass er eine Kampagne des Steuerterrorismus einführen wird. Es besteht kein Zweifel, dass die Superintendencia, die der Regierungspartei so nahe steht, sich in ein starkes Druckmittel verwandelt, das exzessiv gegen Unternehmen und Individuen eingesetzt wird, die dem Regime nicht gefallen, und die jetzt schon unter dem masslosen Machtappetit der Partei des „blauen Händchens“ leiden. Abadío selbst - noch gar nicht offiziell nominiert - spricht bereits enthusiastisch von den Wundern, die er als Direktor des SAT vollbringen wird. Anstelle des befürchteten Terrors, wird es ihm seiner Ansicht nach gelingen, mit Hilfe des Dialogs viel mehr Geld für die Superintendencia beschaffen. Und natürlich bedarf es, mit seinen eigenen Worten, „einer ordentlichen Portion Mut“ - die er selbstverständlich mitbringt - „die Korruption sowohl im öffentlichen als auch privaten Sektor anzuzeigen“. Abadío scheint so scharf auf den Posten zu sein, dass er eine Reise nach Spanien ausfallen liess, um einer Einladung zum Gespräch mit Präsident Portillo zu folgen.

## Beziehung zu USA getrübt

**Washington, 10. Okt.** Anlässlich der Vereidigung des neuen US-Botschafters für Guatemala, John R. Hamilton, sprach der Staatssekretär für Lateinamerika, Otto Reich, harte Worte gegenüber der guatemalteKischen Regierung. "Die Regierung und die Unternehmerkreise sind massgeblich in mafiöse Strukturen, Korruption und Drogenhandel involviert", waren die weisen Worte Reichs. Dies ist zwar nichts Neues, doch befürchtet man in Guatemala, dass mit dem neuen Botschafter ein anderer Wind in der US-amerikanischen Unterstützung wehen wird, kündigte doch dieser an, sein Hauptanliegen sei es, dass in Guatemala faire und transparente Wahlen durchgeführt würden.

Immer wieder haben es bisher Portillo und seine Vorzeigelinken geschafft, Hamiltons Vorgängerin, Prudencia Bushnell, davon zu überzeugen, dass sie die demokratische

Linie repräsentieren - und das Geld floss. In den letzten Monaten äusserten sich die USA mehrmals unbefriedigt über die guatemalteKische Kooperation bei der Bekämpfung des Drogenhandels und der Korruption. Indizien dafür waren die Kürzung der Gelder für die Antidrogeneinheit der guatemalteKischen Polizei und die Weigerung, gewissen guatemalteKischen Politikern, Ex-Militärs und Unternehmern US-amerikanische Visen auszustellen.

In Guatemala ist man durch das Verhalten der USA verunsichert. Einerseits will man es sich mit dem grössten Handelspartner nicht verscherzen, andererseits duldet man keine Einmischung von aussen in die eigenen Angelegenheiten. Nur die Regierung geht in die Offensive und fordert Reich auf, die Namen derjenigen zu nennen, auf die er in seiner Rede angespielt hatte.

## URNG präsentiert Kandidaten für Wahlen 2003

**Guatemala, 17. Okt.** Das nationale Exekutivkomitee der URNG (CEN) schlägt Rodrigo Asturias (alias Gaspar Ilóm) und Pablo Ignacio Ceto (Abgeordneter der URNG im Kongress) als Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidaten für die im November 2003 stattfindenden Wahlen vor. Die Wahl der beiden ist innerhalb der CEN einstimmig erfolgt. Ihre Kandidatur muss noch von der Parteibasis mit einer Zweidrittelmehrheit bestätigt bzw. abgelehnt werden.

Asturias erklärte gegenüber der Presse, man wolle, dass die GuatemalteInnen früh genug über die Schritte informiert sind, welche die URNG im Hinblick auf die Wahlen zu unternehmen gedenke. Auf die Division innerhalb der Partei angesprochen, meinte Asturias, alles sei geklärt, die Partei habe sich normalisiert. Die KandidatInnen für den Kongress und das PARLACEN sollen an den departementalen Versammlungen vorgeschlagen

und demokratisch gewählt werden, diejenigen für die Bürgermeisterämter an den lokalen Parteiversammlungen.

Die Parteileitung hofft, bis Ende November diese Konsultationen abgeschlossen und alle KandidatInnen bestimmt zu haben.

Asturias erklärte weiter, der URNG gehe es nicht darum, sich als Partei zu profilieren, sondern um die Verwirklichung eines nationalen Projektes. Über Pläne seitens der URNG, Allianzen mit anderen Parteien einzugehen, ist nichts bekannt. Die Voraussetzungen dazu sind auch denkbar ungünstig, denn wer will schon eine Allianz eingehen mit einer Partei, die bereits den Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten bestimmt hat und somit keinerlei Verhandlungsspielraum mehr offen lässt?

Todesdrohungen gegen URNG-Abgeordnete: Der für das Departement San Marcos im Kongress sitzende Carlos Mejía hat eine eindeutige Todesdrohung auf dem

Schreibtisch seines Parteibüros vorgefunden. "Abgeordneter Mejía, dir bleiben nur noch wenige Tage, wir planen einen Hinterhalt für dich und deine Familie. Verabschiede dich, es wird dich ein ehemaliger Wächter vom Sohn des Ex-Präsidenten Arzú umbringen".

Mejía wertet diese Drohung als einen Einschüchterungsversuch gegen ihn und all die Leute, die ihn im Kampf gegen die Korruption in San Marcos unterstützen. Er hat nämlich Untersuchungen gegen mehrere, der Veruntreuung öffentlicher Gelder verdächtige, BürgermeisterInnen des Departements einleiten lassen. Ausserdem hat er sich erst kürzlich gegen die ungerechtfertigte Entlassung verschiedener LehrerInnen eingesetzt.

Diese Drohungen würden ihn nicht von seinem Kampf für Gerechtigkeit und gegen die Korruption abhalten, meinte Mejía und bat gleichzeitig die nationale und internationale Gemeinschaft, sich gegen solche Drohungen auszusprechen.

## Protest lohnte sich

**Guatemala, 8. Okt.** Nach 316 Tagen Streik vor dem Präsidentschaftspalast hoben die 71 ehemaligen Angestellten des Unternehmens *Diseños y Montajes Electromecánicos S.A.* (DYMEL), auch bekannt als *La Carbonera*, ihren Protest auf. Endlich ist ein für die 1999 ungerechter- und illegalerweise entlassenen Arbeitenden (siehe ¡fijáte! 251) zufriedenstellendes Ergebnis der Verhandlungen mit dem Unternehmen erreicht worden.

Dabei spielte das Arbeitsgericht in Escuintla eine entscheidende Vermittlungsrolle und hat offensichtlich mehr Einfluss auf die Unternehmensführung, als die Entscheidung der ersten Gerichtsinstanz in Retalhuleu, die bereits Ende 1999 die Forderung nach Wiedereinstellung und Lohnnachzahlung der entlassenen Angestellten für rechtens befand.

Dieses Urteil wurde von den Verantwortlichen der *Carbonera* schlichtweg ignoriert. Vom Besitzer des Unternehmens wurde den Arbeitenden vorgeworfen, ihre KollegInnen zur gewerkschaftlichen Organisation zu motivieren, um die Erfüllung und Respektierung ihrer Arbeits- und Menschenrechte einzufordern. Ein entsprechender Brief an andere Unternehmen in der Umgebung verurteilte den Entlassenen, eine neue Anstellung zu finden.

Der Erfolg des anfangs 30tägigen Hungerstreiks von acht Betroffenen, dem eine beinahe ein Jahr durchgehaltene Protestaktion folgte, wird von der ArbeiterInnen-gewerkschaft der *Carbonera* als Triumph der ArbeiterInnenklasse und der Justiz gegenüber den Rechtsverletzungen durch nationale und ausländische Unternehmen gefeiert: Die *Car-*

*bonera* hat laut Gerichtsentscheid 86,63 % der geforderten Lohnnachzahlungen, als Ausgleich für die ausgefallenen Löhne und anderer gesetzlicher Zusatzleistungen, zu bezahlen.

Im 24-Stunden-Rhythmus verbrachten die 71 Streikenden und ihre Angehörigen, die insgesamt eine stolze Zahl von 450 Protestierenden zusammenbrachten, die Zeit vor dem Regierungsgebäude, jedeN VorbeigehendeN um Unterstützung bittend. Da der Präsident nicht auf die Bitten um eine Audienz und schliesslich um sein Eingreifen in den Prozess reagierte, blieb den GewerkschaftlerInnen nichts anderes übrig, als - mit einem Kohleofen zur Essenszubereitung, einem Schwarz-Weiss-Fernseher und Kartenspielen ausgestattet - auszuharren und die Zeit für sich spielen zu lassen.

## Chronik eines angekündigten Urteils

**Guatemala, 8. Okt.** Das vierte Appellationsgericht entschied, dass das Verfahren im Fall Gerardi gegen die drei Verurteilten Militärs und den Priester Mario Orantes vor einem andern Gericht noch einmal aufgerollt werden muss. Das am 7. Juni 2001 gesprochene Urteil (30 bzw. 20 Jahre Gefängnis) wurde annulliert, der Freispruch der Haushälterin Gerardis bestätigt. Die Verurteilten werden bis zum nächsten Gerichtstermin, der noch nicht festgelegt ist, in Haft bleiben.

Begründet wurde die Widerrufung damit, dass die damaligen RichterInnen die früheren Aussagen eines Zeugen, Ruben Chanay Sontay, nicht als Beweismittel berück-

sichtigten, sondern einzig seine Aussagen während des Prozesses selber. Diese jedoch widersprechen seinen früheren Aussagen.

Der Entscheid des Appellationsgerichts begünstigt auch andere hohe Militärs und Mitglieder des obersten Generalstabs (EMP), gegen die im ursprünglichen Urteil Untersuchungen wegen Mittäter- oder Mitwisserschaft angeordnet worden sind. Diese Untersuchungen werden vorläufig auf Eis gelegt.

Die Menschenrechtsabteilung der katholischen Kirche (ODHA), die als Klägerin auftritt, verurteilt die Aufhebung des Urteils als verantwortungslos und übereilt. Deshalb wird sie beim obersten Gerichtshof einen An-

fechtungsantrag stellen, durch den das ursprüngliche Urteil wieder Gültigkeit erhalten soll. Auch die Staatsanwaltschaft will den Entscheid des Appellationsgerichts anfechten, da er verfassungswidrig sei.

Eduardo Cojulán Sánchez, einer der Richter, die das Urteil vom 7. Juni 2001 sprachen, sagte gegenüber *Prensa Libre*: "Ich bin nicht einverstanden mit der Aufhebung des Urteils. Dass wir uns getraut haben, dieses überhaupt zu fällen, ist, weil wir überzeugende Beweise hatten. Alle RichterInnen, die das Urteil mitverantworten, sind anerkannte Fachpersonen. Uns unsere Fähigkeiten abzusprechen, kann für das Justizwesen verheerende Folgen haben."

## Rezept für einen Molotow-Cocktail

Kolumne von Carmen Rosa de León-Escribano, Siglo XXI vom 25. 09.02

Als erstes versichern Sie sich, dass genügend Brennstoff vorhanden ist. Dieser muss im höchsten Masse brennbar sein. Darin weichen Sie während einiger Zeit ein Paket unerfüllter Forderungen ein. Dies ist die Grundlage für ein befriedigendes Ergebnis. Lassen Sie sich Zeit dafür, damit die Zutaten sich gut miteinander vermischen können.

Wenn Sie den Effekt verstärken wollen, geben Sie öffentlich bekannt, dass alles, was Sie während ihrer Wahlkampagne versprochen haben, eine einzige Lüge war, die Sie erfunden haben, um Stimmen für ihre Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Vergessen Sie nicht, darauf hinzuweisen, dass alle Politiker lügen und nur zum Ziel haben, die WählerInnen zu betrügen und die wenigen Leute, die noch ins System der politischen Parteien vertrauen, von ihrem Glauben abzubringen.

Nun geben Sie tropfenweise willkürliche Entscheide hinzu und machen deutlich, dass es bei der Entscheidungsfindung überhaupt keine Einheit gibt zwischen der Exekutive, der Legislative und der Judikative. Geben Sie klar zu verstehen, dass Sie nicht gerne Entscheide treffen, sondern viel lieber an Volksfesten Reden halten. Bitte kommen Sie nicht auf die Idee, zu arbeiten, geschweige denn, zu regieren. Dafür haben Sie Ihre MinisterInnen. Achten Sie darauf, dass allen klar ist, dass der Kongress und dessen Präsident absolut in der Lage sind, Gesetze nach ihrem Gusto zu erlassen bzw. zu fälschen, ohne dabei ethische Skrupel zu haben oder die Verfassung zu respektieren.

Vergessen Sie nicht, eine Stimmung permanenter Unsicherheit zu schaffen,

um so ihrem Rezept Konsistenz zu verleihen. Dafür gibt es nichts besseres als die eine oder andere Nichtregierungsorganisation zu überfallen, einige AktivistInnen zu bedrohen und allen verstehen zu geben, dass Sie in der Lage sind, sämtliche Telefongespräche überwachen zu lassen. Unerlässliches Requisit: Halten Sie mit allen Mitteln die Straflosigkeit aufrecht, ansonsten vermischen sich die andern Zutaten beim Rühren nicht richtig.

Um Ihre Mischung wirklich explosiv zu machen, gehen Sie langsam vor und bemühen sich um Zusammenstöße mit allen Sektoren. Beginnen Sie mit dem Einfachstem, mit einer Konfrontation mit den organisierten UnternehmerInnen. Danach verschliessen Sie sämtliche Türen für einen Dialog und verweigern die Kommunikation mit allen Organisationen und Sektoren. Und das Allerwichtigste: Nehmen Sie sich Zeit, mit den Medien zu streiten und beschuldigen Sie sie, erstens zu lügen und zweitens, Ihre Regierung destabilisieren zu wollen.

Passen Sie auf, keinerlei Anstrengungen zu machen, damit Ihre korrupten FunktionärInnen vor Gericht gestellt und bestraft werden. Mehr noch, verteidigen Sie sie, befördern Sie sie innerhalb ihrer Partei, damit alle sicher sein können, dass, wenn Sie die Wahlen gewinnen, diese Leute einen offiziellen Posten bekommen und weiter stehlen können. Nebenbei eröffnen Sie einige Bankkonten in Panamá, um das überflüssige Geld zu deponieren. Achten Sie darauf, dass Sie dieses Geld der Bevölkerung aus der Tasche ziehen können. Als zusätzliches Gewürz nehmen Sie noch

Anleihen in Euro auf, um die Rückzahlung des gestohlenen Geldes gleichmässig auf alle zu verteilen. Und um dem ganzen eine persönliche Note zu verleihen, benutzen Sie das Geld, das Sie durch die Privatisierungen eingenommen haben, um die Gangster zu finanzieren, die aus anderen Parteien ausgeschlossen wurden. Zusammen mit denen können Sie und Ihre Freunde ihre eigene politische *Gang* gründen.

Wir kommen zum Ende des Rezepts: Sorgfältig und langsam mischen Sie nun Ihre Diskurse vor der internationalen Gemeinschaft darunter. Die Bitterkeit ihres Zynismus, wenn Sie sich auf die Friedensabkommen berufen, die Sie, nebenbei gesagt, nie umzusetzen gedachten, gibt dem Cocktail das gewisse Etwas. Schütteln Sie ihn von Zeit zu Zeit.

Zum Schluss das krönende, das detonierende Element: Lassen Sie die PAC wieder aufleben. Um Ihnen die richtige Konsistenz zu verleihen, müssen Sie sie manipulieren und belügen. Versprechen Sie ihnen, was sie fordern. Disqualifizieren Sie ihre eigenen Funktionäre und erhöhen Sie nach Belieben die Summe, die Sie den Ex-Pac anbieten, so wird sich deren Anzahl verdoppeln und verdreifachen. Tragen Sie sie im Gegenzug in ihre Parteilisten ein.

Wir sind fertig. Schütten sie die Mischung in ein Gefäss. Wichtig dabei ist, dass dieses total durchsichtig, d.h. transparent, ist. Ist dem nicht so, verlieren Sie die Unterstützung der internationalen Institutionen. Decken sie es sorgfältig zu. Vorsicht, sonst explodiert es Ihnen in den Händen! Kleben Sie eine Etikette drauf und beschriften Sie diese gut leserlich mit: UNREGIERBARKEIT.

## Schliessung der Infostelle Guatemala

**Bonn, Sept. 2002.** Auf Ende 2002 stellt die Infostelle Guatemala nach 23 Jahren ihre Arbeit ein. Die Infostelle wurde gegründet, um die Aktivitäten der Guatemala-Solidaritätsbewegung zu koordinieren. In ihrer Selbstdarstellung heisst es: "Solidarität heisst für uns, eindeutig Stellung zu beziehen gegen Ausbeutung und Abhängigkeit der sogenannten Dritten Welt durch die Politik der Industriestaaten. (...) Insbesondere geht es uns um die Einbettung unserer Solidaritätsarbeit in den breiten Kontext entwicklungspolitischer, antirassistischer und sozialer Initiativen."

In einem Schreiben teilt der Trägerkreis der Infostelle mit, dass die Rahmenbedingungen, unter denen die Infostel-

le 1979 gegründet wurde, heute nicht mehr gegeben sind: Zum einen engagieren sich immer weniger Leute in der Solidaritätsarbeit, langjährige MitstreiterInnen haben sich anderen Dingen zugewendet. Entsprechend hat die Anzahl der Guatemala-Gruppen und -Komitees drastisch abgenommen. Auch in Guatemala selber hat sich die Situation verändert, indem u.a. die dortigen Basisorganisationen verstärkt den Kontakt zu lukrativeren PartnerInnen suchen als zu den Solidaritätsgruppen, heisst es in dem Schreiben.

Die Fijáte-Redaktion bedauert die Schliessung der Infostelle sehr. Der Austausch von Infos und Erfahrungen mit ihr war für uns wichtig und vor allem

seit die Fijáte-Redaktion in die Schweiz verlegt wurde, war die Infostelle auch ein wichtiges Bindeglied zur deutschen Guatemala-Soli-Szene.

Die vom Trägerkreis der Infostelle beschriebene Entwicklung bekommen natürlich auch wir zu spüren, sie drückt sich unter anderem im Rückgang unserer Abo-Zahlen aus. Die Verbreitung von Informationen aus Guatemala erscheint uns aber so wichtig wie eh und je, deshalb werden wir mit unserer Arbeit weitermachen!

**Der nächste Fijáte erscheint wegen Ferien der Redakteurinnen erst in drei Wochen, am 13. November.**